

# BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des  
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: [dubbert.mathias@dihk.de](mailto:dubbert.mathias@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Thema des Monats</b> .....	<b>2</b>
Last Christmas.....	2
<b>Wichtige Entwicklungen</b> .....	<b>2</b>
DIHK: Brexit-Abkommen würde Schaden für die Wirtschaft begrenzen .....	3
London und Brüssel bereiten sich auf No-Deal-Szenario vor .....	3
May übersteht Misstrauensvotum .....	3
Labour-Chef Corbyn kündigt Vertrauensabstimmung gegen May an .....	3
Brexit Abstimmung erst im nächsten Jahr.....	3
EU-Gipfel diskutiert über den Brexit.....	4
Eurochambres-Delegation in London.....	4
Brexit: Firmen in Deutschland wird Wechsel der Rechtsform erleichtert .....	4
<b>Hintergrundmaterial</b> .....	<b>5</b>
Brexit führt zu höheren Energiepreisen.....	5
Briten wollen Mitspracherecht.....	5
Negative Auswirkungen für 750.000 Arbeitnehmer in UK .....	5
Schottische Universitäten besorgt.....	5
Londoner Unternehmen nicht auf den Brexit vorbereitet.....	6
Britische Firmen flüchten nach Deutschland .....	6
<b>Dies und Das</b> .....	<b>7</b>
Die Künstler und der Brexit: Sprung ins Ungewisse .....	7
Britische Regierung warnt vor Urlaubsreisen nach März 2019.....	7
<b>Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien</b> .....	<b>8</b>

## *Thema des Monats*

### **Last Christmas...**

Nicht mehr lange – dann verlässt das Vereinigte Königreich die Europäische Union. Mit einem Deal, ohne einen Deal oder gibt es doch noch einen Exit vom Brexit? Derzeit herrscht vor allem Unsicherheit. Was aber sicher ist: Seit dem 20. Dezember ist das britische Parlament in den Weihnachtsferien und die Abstimmung über das Ausstiegsabkommen wurde in die zweite Januarhälfte vertagt. Es sieht derzeit danach aus, dass die Briten das letzte Mal ihr Weihnachtsfest als Mitglied der Europäischen Union begehen werden.

Während das Weihnachtsgeschäft in diesem Jahr noch wie gewohnt reibungslos von Statten gehen kann, könnte es nächstes Jahr bei einem No-Deal schon erheblich schwieriger werden. Ein mögliches Szenario könnte wie folgt aussehen: die Geschenke wären zunächst beim Zoll anzumelden, mit allem was dazugehört, zum Beispiel die erforderliche ATLAS-Software zur Zollanmeldung. Letztlich wäre es auch nötig, die Mitarbeiter zu schulen, damit sie wissen, wie Zollanmeldungen durchgeführt werden. Ggf. werden auch die Geschenke teurer. Denn es sind Zollsätze laut WTO-Regularien möglich: auf einen Pyjama z.B. etwa 12 %, auf weihnachtliche Zuckerstangen 100 % und mehr.

Grundvoraussetzung wäre zudem, dass sich die Zollbehörden gut vorbereiten. Täglich werden in Calais 13.000 LKW abgefertigt. Bei einem No-Deal müssten sie dann kontrolliert werden. Auch das Weihnachtsgeschäft per Luftfracht könnte vor Herausforderungen stehen. Dafür wäre ein Luftverkehrsabkommen nötig.

Doch damit nicht genug: Für die Produkte werden dann Zertifikate benötigt. Es könnte sein, dass etwa Kinderspielzeug nicht mehr nach Großbritannien gelangen kann. Etwa wenn nationale gewerbliche Schutzrechte in Großbritannien dann erst erworben werden müssen.

Umso wichtiger ist es, sich schon jetzt vorzubereiten. Am Besten mit Hilfe der IHK, und der [Brexit-Checkliste](#).

## **Wichtige Entwicklungen**

### **DIHK: Brexit-Abkommen würde Schaden für die Wirtschaft begrenzen**

Vor den "massiven Auswirkungen", die der deutschen Wirtschaft beim Brexit drohen, hat Eric Schweitzer, Präsident des DIHK in dieser Woche gewarnt. Der EU-Austritt Großbritanniens könne zum Verlust von Jobs und Wohlstand führen. Der [DIHK](#) rechnet laut Schweitzer für den Fall eines No-Deal-Brexit damit, dass deutsche Unternehmen insgesamt jährlich bis zu zehn Millionen zusätzliche Zollanmeldungen und bereits für die hiermit verbundene Bürokratie über 200 Millionen Euro an Mehrkosten schultern müssen. Der ausgehandelte Vertrag mit der EU begrenze die negativen Auswirkungen des Brexit auf die Wirtschaft.

### **London und Brüssel bereiten sich auf No-Deal-Szenario vor**

Zollkontrollen, gestrandete Flieger, Finanzmarkturbulenzen: Ein ungeordneter Brexit ohne Vertrag würde Millionen Europäer treffen. Brüssel [veröffentlicht](#) dazu Maßnahmen, wie die drängendsten Probleme überbrückt werden können, wenn es zu keiner Einigung auf das Ausstiegsabkommen kommen sollte. Auch die britische Regierung hat [Maßnahmen](#) angekündigt, um sich auf einen drohenden No-Deal vorzubereiten und [rät Großbritannien 6 Millionen Unternehmen](#) sich ebenfalls vorzubereiten. Die Abstimmung des britischen Parlaments über das Ausstiegsabkommen wird in der zweiten Januarhälfte stattfinden, eine Mehrheit zeichnet sich derzeit nicht ab.

### **May übersteht Misstrauensvotum**

Die britische Premierministerin Theresa May hat das [Misstrauensvotum](#) vom 12. Dezember innerhalb ihrer Partei überstanden und bleibt vorerst im Amt. Für May haben 200 Parteikollegeninnen- und Kollegen gestimmt. Der Sieg wurde unter minutenlangem Applaus verkündet. Triumphieren kann sie trotzdem nicht, denn gegen sie stimmten mehr als ein Drittel: 117 Stimmen. Das sind weit mehr als jene Abgeordnete, die zu den Brexit-Hardlinern gezählt werden, die seit Monaten May das Leben schwer machen. May hat zudem verkündet, bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten zu wollen.

### **Labour-Chef Corbyn kündigt Vertrauensabstimmung gegen May an**

Großbritanniens Premierministerin May muss sich offenbar erneut einem Misstrauensantrag stellen. Jeremy Corbyn, der Chef der britischen Labour-Partei, hat am 17. Dezember eine [Vertrauensabstimmung](#) gegen Premierministerin Theresa May im Parlament angekündigt. Grund für den Schritt sei die verschobene Abstimmung über das mit der EU ausgehandelte Austrittsabkommen. Corbyn wolle einen Antrag einbringen, dass das Parlament kein Vertrauen mehr in die Premierministerin habe und umgehend eine Abstimmung über den Brexit-Vertrag abhalten solle.

### **Brexit Abstimmung erst im nächsten Jahr**

Die aufgeschobene Abstimmung des britischen Parlaments über das mit Brüssel ausgehandelte Brexit-Abkommen wird wohl in der zweiten Januarhälfte stattfinden. Das geht aus einer [veröffentlichten Vorschau](#) der Sitzungsordnung des britischen Unterhauses hervor. Premierministerin Theresa May hatte die für den 11. Dezember vorgesehene Abstimmung verschoben, weil sie auf eine sichere Niederlage zusteuerte.

### **EU-Gipfel diskutiert über den Brexit**

Beim [EU-Gipfeltreffen](#) am 13. und 14. Dezember haben die Staats- und Regierungschefs der EU-27 mit Großbritannien über den Brexit diskutiert. Die EU-27 Staaten haben erklärt, der Backstop würde nur befristet angewandt werden, bis er durch eine Folgelösung – etwa in Form eines umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der EU und UK – ersetzt würde, die sicherstellt, dass eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland vermieden werde. Durch die neue Zusicherung hofft May, die Brexit-Blockade im britischen Parlament zu lockern. Die EU-27 stellte klar: Neuverhandlungen des Abkommens werde es nicht geben.

### **Eurochambres-Delegation in London**

Während einer zweitägigen Delegation am 10./11. Dezember in London haben die [Eurochambres-Mitglieder](#) ihre wachsende Besorgnis über einen ungeordneten Brexit als Folge der Verschiebung des Brexit-Abkommens durch das britische Parlament zum Ausdruck gebracht. Die Kammern in der gesamten EU bereiten die Unternehmen seit einiger Zeit auf ein „No-Deal“ Szenario vor, und diese Bemühungen werden nun verstärkt. Auch der DIHK war an den Gesprächen in London beteiligt.

### **Brexit: Firmen in Deutschland wird Wechsel der Rechtsform erleichtert**

Unternehmen mit Sitz in Deutschland aber mit englischer [Rechtsform](#) wird der Wechsel in deutsches Recht erleichtert. Am 07. Dezember billigte der Bundesrat in Berlin ein entsprechendes Gesetz. Es soll Firmen mehr Zeit geben sich auf den britischen EU-Austritt vorzubereiten. Die betroffenen Unternehmen müssen eine Umwandlung allerdings noch vor dem Brexit notariell absichern lassen. Mit der Veröffentlichung der Gesetzesänderung ist in Kürze zu rechnen.

## Hintergrundmaterial

### **Brexit führt zu höheren Energiepreisen**

Laut einer [Studie](#) des University College London führt der Brexit aufgrund des schwachen Pfunds zu höheren Energiepreisen. Die UCL-Forscher fanden heraus, dass 2017 die Kosten insgesamt um zwei Milliarden Pfund gestiegen sind. Die durchschnittlichen Preise für Strom und Gas stiegen im Jahr nach dem Referendum um 18 Prozent bzw. 16 Prozent, was zu einer Erhöhung von 35 Pfund für Strom und 40 Pfund für Gas führte. Zurückzuführen ist dies auf die niedrigen Werte des Pfundes im Vergleich zum Euro und US-Dollar.

### **Briten wollen Mitspracherecht**

Die Briten wollen mehr [Mitspracherecht](#) – das ergab eine Online Umfrage der Reach Gruppe. Mehr als die Hälfte der Befragten wünscht sich eine Abstimmung über Theresa Mays' Brexit Deal. Zudem haben sich 49 Prozent dafür ausgesprochen, dass ein zweites Referendum eine Option beinhalten solle, in der EU bleiben zu können. 55 Prozent gaben an, zum Zeitpunkt des Votums in 2016 nicht ausreichende Informationen gehabt zu haben.

### **Negative Auswirkungen für 750.000 Arbeitnehmer in UK**

Das „No-Deal“ Szenario werde 750.000 Arbeitnehmern in Großbritannien ihren Arbeitsplatz kosten, warnt die britische [handelspolitische Studie](#) der Sussex University. Die Studie weist auf die negativen Auswirkungen des Brexits auf den Arbeitnehmermarkt für Großbritannien hin. Wenn es nicht zu einem Abbau der Arbeitskräfte kommt, werden Arbeitsgeber sich dafür entscheiden müssen, Stunden und Löhne zu reduzieren.

### **Schottische Universitäten besorgt**

In dem Bericht der [Scottish Funding Council](#) werden mögliche Auswirkungen des Brexits auf Studierende, Mitarbeiter und die Forschungsförderung untersucht. So sind mehr als ein Fünftel des Lehr- und Forschungspersonals Bürger aus anderen EU-Staaten. Diese könnten wegen dem Brexit ihren Arbeitsplatz aufgeben. Die schottische Regierung und deren Universitäten haben betont, dass nach dem Brexit weiterhin Studenten und Akademiker aus der EU willkommen sind und ihre Beziehungen zu den europäischen Universitäten pflegen werden.

### **Londoner Unternehmen nicht auf den Brexit vorbereitet**

Eine [Umfrage](#) der Londoner Handelskammer fand heraus, dass etwa drei von vier Londoner Unternehmen noch keine Vorbereitungen für mögliche Auswirkungen des Brexits getroffen haben. In der britischen Hauptstadt plant oder verlagert etwa jedes zehnte Unternehmen EU-Investitionen in andere Länder. 8 Prozent der Unternehmer gaben an, mit der Planung von Personalveränderungen infolge des Austritts aus der EU begonnen zu haben.

### **Britische Firmen flüchten nach Deutschland**

Laut einer [Statistik](#) von Germany Trade & Invest (GTAI), zieht es immer mehr britische Unternehmen nach Deutschland. 2018 haben insgesamt 172 Unternehmen ihr Interesse an Investitionen in Deutschland angemeldet. Die Nachfrage erreicht Rekordniveau – denn Deutschland gilt als attraktivstes EU-Land für britische Firmen. Ein stetiger Trend ist zu erkennen, denn 2015 waren es lediglich 50, nach dem Brexit Referendum in 2016 stieg die Zahl auf 77, und im darauffolgenden Jahr auf 111.



## Dies und Das

### **Die Künstler und der Brexit: Sprung ins Ungewisse**

Museen, Film und Fernsehen sowie Künstler und Popstars haben sich gegen den [Brexit](#) und für einen Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen. „Wir sind dabei, einen schwerwiegenden Fehler zu begehen“, warnte der Rock-Musiker Bob Geldorf in einem Appell, der unter anderem von Megastar Ed Sheeran unterschrieben wurde. Laut Regierungsangaben trägt die Branche pro Jahr rund 100 Mrd. Euro zur britischen Wirtschaft bei. Fragen zu höheren Kosten, bürokratische Hürden und Verzögerungen beim Transport von Ausrüstungen für Tourneen und Festivals bleiben vorerst unbeantwortet.

### **Britische Regierung warnt vor Urlaubsreisen nach März 2019**

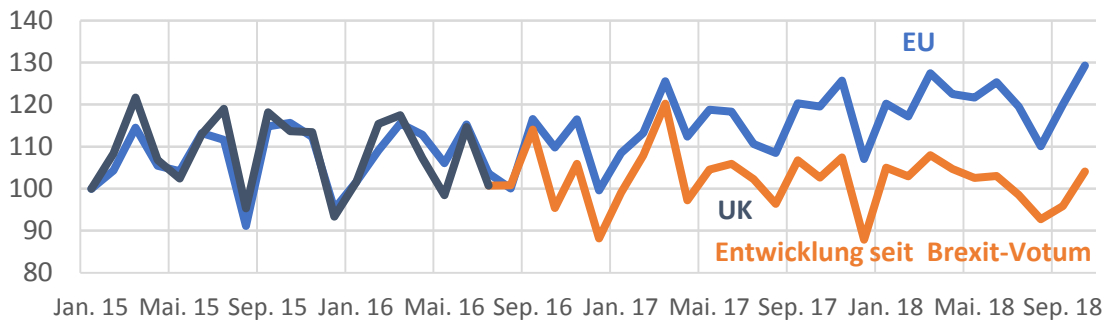
Die britische Regierung warnt vor [Urlaubsreisen](#) nach März 2019, denn bei einem „No-Deal“-Szenario bestehe die Möglichkeit, dass Flüge storniert würden und Chaos auf Flughäfen und an Häfen ausbrechen könnte. Wie die britische *Times* berichtet, bangt vor allem die Tourismus-Branche vor einer Urlaubswarnung – sollte es dazu kommen, bestünde die Gefahr, dass einzelne Reise-Anbieter bankrott gingen. Deshalb plant die britische Regierung, den Unternehmen im Fall der Fälle unter die Arme zu greifen.



## Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

### Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

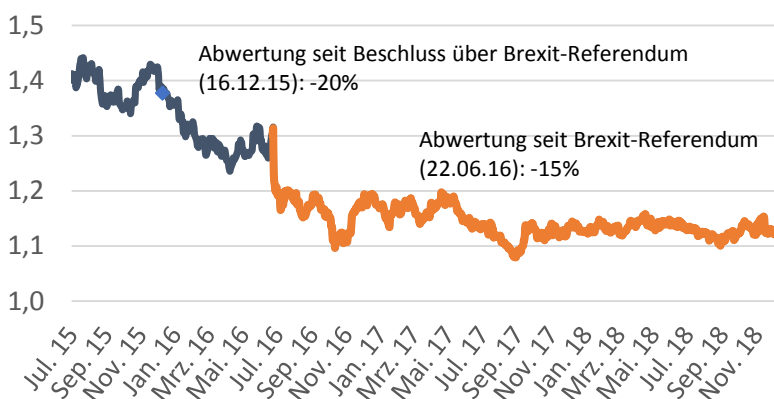
(01/15=100, Monatswerte; [Quelle: DeStatis](#), eigene Berechnungen)



**DIHK-Kommentar:** Die Exporte nach Großbritannien entwickeln sich weiter deutlich unterdurchschnittlich. Die Ausfuhren fielen in den ersten drei Quartalen um 3% schwächer aus als im Vorjahreszeitraum. Für die EU ergibt sich hingegen ein Plus von 5%. Bereits in den letzten beiden Jahren waren die Exporte nach Großbritannien deutlich gesunken (2017: -1,7%, 2016: -3,5%). Dementsprechend ist Großbritannien auf der Liste der wichtigsten Absatzmärkte im letzten Jahr von Platz drei auf Platz fünf abgerutscht.

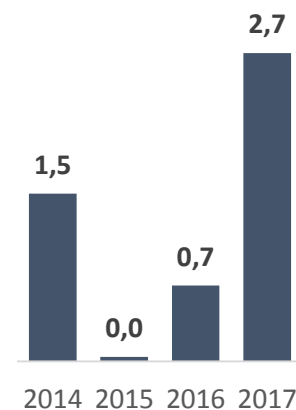
### Wechselkurs Pfund - Euro

(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 12.12.18)



### Inflation

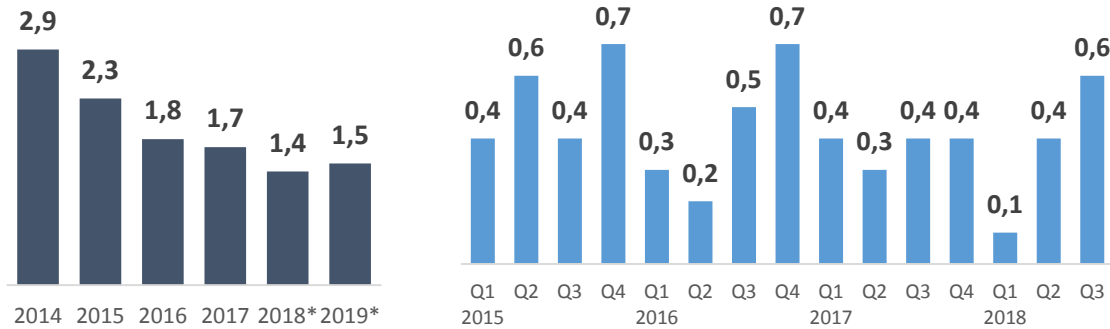
(Quelle: IMF)



**DIHK-Kommentar:** Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 2,7%. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

### Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

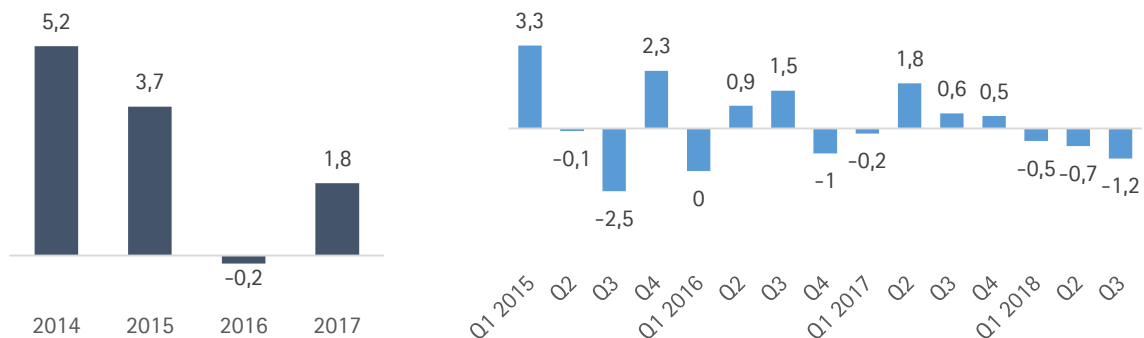
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#); \*IMF-Prognose)



**DIHK-Kommentar:** Nach einem schwachen Jahresstart hat das Wachstum im zweiten und dritten Quartal angezogen. Der warme Sommer hat Bau und Konsum gestärkt. Für das nächste Jahr rechnet der IMF jedoch nur mit einem BIP-Zuwachs von 1,5%. Damit fällt das Wachstum weiter unterdurchschnittlich aus (IMF-Prognose für die EU 2019: 2,0).

### Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



**DIHK-Kommentar:** Die Unternehmensinvestitionen schrumpfen. Die bisher veröffentlichten Daten wurden deutlich nach unten revidiert. Schon 2017 sind die gewerblichen Investitionen weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%). Die Unsicherheit über das unternehmerische Umfeld nach dem Brexit, dürfte Unternehmen weiterhin vorsichtig agieren lassen.



Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: [brexit@buergerservice.bund.de](mailto:brexit@buergerservice.bund.de)

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>